Ein Weißbuch über den Fall Mannesmann.

Um allen Angriffen zu begegnen, hat die Regierung über den „Fall Mannesmann" jetzt ein Weißbuch an den Reichstag gelangen lassen, das neben einer ausführlichen Denkschrift auch alle zwischen Deutschland und Frankreich anläßlich des Streitfalles gewechselten Aktenstücke enthält. Die Denkschrift hebt zunächst als Grundsatz hervor, daß die Bestrebungen der deutschen Regierung seit dem englisch-französischen Abkommen 1904 darauf gerichtet waren, für die

wirtschaftliche Gleichberechtigung

aller Nationen im Scherifenreich zu wirken. Die Denkschrift erklärt alsdann, daß es nach den dem Auswärtigen Amt vorliegenden Schriftstücken als mit den Tatsachen in Widerspruch stehend bezeichnet werden müsse, wenn die Brüder Mannesmann von wohlerworbenen, mit Unterstützung der Regierung erlangten Rechten, von ihnen amtlich zugesprochenen Eisenerzkonzessionen, von einer im Oktober 1906 erfolgten und dem deutschen Gesandten in feierlicher Hauptaudienz verkündeten Verleihung von Minenkonzessionen sprechen. Unrichtig sei auch die Behauptung, die marokkanische Regierung habe noch einmal das Vorrecht der Gebrüder Mannesmann durch ein amtliches Schreiben an die deutsche Gesandtschaft in Tanger bestätigt.

Die Denkschrift weist ferner überzeugend nach, daß ein

Berggesetz für Marokko

(nach der Akte von Algeciras) nur unter Mitwirkung und Zustimmung der Vertreter der Mächte erlassen werden könne, daß also das von Muley Hafid im Oktober 1908 erlassene Berggesetz, auf das die Gebrüder Mannesmann ihre (von Frankreich bestrittenen) Minenansprüche stützen, in der Tat zu Unrecht besteht. Dieses „Berggesetz" ist zustande gekommen ohne Wissen der deutschen Regierung und ihrer Vertreter in Marokko und entgegen dem Beschluß des Sultans Abd ul Aziz, ein Berggesetz durch einen französischen Ingenieur ausarbeiten zu lassen. An diese internationale Fragen berührende Regierungshandlung seines Vorgängers ist aber der Sultan Muley Hafid gebunden, denn er hat die ihm bei seiner Anerkennung durch die Mächte gestellte Bedingung angenommen, derartige Regierungshandlungen seines Vorgängers nachzuachten. Wenn also ein Schiedsgericht eingesetzt wird, das die Frage prüfen soll, ob überhaupt und auf welcher Seite Minenrechte vorhanden sind, so hat die deutsche Regierung unter den obwaltenden Umständen

das Mögliche erreicht.

Die Denkschrift schließt: „Wenn nun auch die deutsche Regierung aus den dargelegten Gründen nicht in der Lage war, für die Mannesmannschen Rechtsansprüche einzutreten, so hat sie es doch aus wohlwollender Rücksicht auf die Herren Mannesmann, deren rege Betriebsamkeit, deutschen Unternehmungsgeist und energische Tatkraft sie vollauf anerkennt, vermieden, sich amtlich gegen dieselben auszusprechen. Sie hat, indem sie den Herren Mannesmann auf andre Weise zu praktischen Resultaten zu verhelfen versuchte, eine Stellungnahme zur Rechtsfrage, die nur eine ablehnende hätte sein können, nach außen zu umgehen versucht. Die Angriffe, die gegen die Regierung in den letzten Wochen gerichtet worden sind, nötigen sie jedoch, zur Erklärung ihrer Haltung und zur

Wahrung ihres Ansehens,

nunmehr auch ihre eigenen Bedenken gegenüber der Rechtsauffassung der Herren Mannesmann öffentlich zur Geltung zu bringen. Die deutsche Regierung ist sich der Bedeutung wohl bewußt, die eine Beteiligung deutscher Unternehmer an der Ausbeutung der Mineralschätze Marokkos für Deutschland, seine Industrie und Schiffahrt haben würde. Demgemäß hat sie sich nach Kräften bemüht, eine solche Beteiligung in einem erheblichen Umfang zu ermöglichen. Daß sie sich dabei innerhalb der Grenzen gehalten hat, die ihr die Achtung der Verträge und eine ehrliche und nicht schwankende Politik vorschreiben, wird man ihr nicht zum Vorwurf machen dürfen."

Diese amtliche Darstellung hat geradezu einem Bedürfnis entsprochen; denn bisher konnte man noch immer glauben, die Interessen eines Deutschen im Scherifenreich seien mit Rücksicht auf Frankreich nicht energisch genug unterstützt worden; der Hinweis auf die (leider damals nicht in ihrem Wortlaut bekannt gegebene) Algecirasakte, wonach den Gebrüdern Mannesmann kein Rechtsanspruch zur Seite steht, rückt die ganze Angelegenheit mit einem Schlage in ein andres Licht, und nur Böswilligkeit kann heute noch behaupten, die deutsche Regierung habe die Interessen ihrer Landeskinder geopfert, um einen diplomatischen Konflikt zu vermeiden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Das Kaiserpaar wird am 25. d. einem Empfang bei dem französischen Botschafter in Berlin beiwohnen. Dieser Besuch zeigt am besten, daß die Beziehungen zwischen beiden Staaten zurzeit ungetrübte sind.

*Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg ist zu kurzem Besuche des Kaiserpaares in Berlin eingetroffen.

*Das Befinden des erkrankten Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg hat sich soweit gebessert, daß der Patient am 28. d. die Präsidialgeschäfte wieder übernehmen kann.

*Das in der Thronrede angekündigte Gesetz über die Einrichtung eines kolonialen Revisions-Gerichtshofes wird dem Reichstage Anfang März zugehen. Die Arbeiten zur Reform der Eingeborenen-Rechtspflege sowie die Änderung der auf die Gerichtsbarkeit der Nichteingeborenen bezüglichen Bestimmungen des Schutzgebietsgesetzes sind in letzter Zeit weiter gefördert worden, doch wird eine entsprechende Vorlage dem Reichstage vorläufig noch nicht zugehen. Eine Verordnung, die Rechtspflege unter den Eingeborenen mit erhöhten Garantien zu umgeben, wird demnächst erlassen werden.

*Nach dem Entwurf betr. Abänderung des preuß. Gerichtskostengesetzes werden einige Gebührensätze (in Prozessen, die überwiegend dem Privatinteresse dienen) erhöht, andre erniedrigt. Man hofft auf einen Mehrertrag von etwa einer halben Million Mark.

*Die in vielen Zeitungen verbreitete Nachricht, die Grubenbesitzer im Ruhrrevier seien eifrig tätig, um Arbeiter aus dem Auslande heranzuziehen, entspricht nicht den Tatsachen. Es sind lediglich 148 beschäftigungslose Arbeiter aus Westpreußen, die auswandern wollten, in dem Revier angestellt worden.

*Durch Verfügung des Gouvernements von Samoa vom 12. November 1909 ist ein neuer Steuertarif für Nichteingeborene in Kraft gesetzt worden. Alle im Schutzgebiet sich aufhaltenden Personen über 18 Jahre (Nichteingeborene) zahlen jährlich, sofern ihr Aufenthalt die Dauer von sechs Monaten übersteigt, eine allgemeine persönliche Steuer von 28 Mk.

Frankreich.

*Entgegen anders lautenden Berichten wird in Paris amtlich bekannt gegeben, daß Präsident Fallières der Eröffnung des ozeanographischen Museums in Monako nicht beiwohnen wird. Die Gerüchte von einem Zusammentreffen Kaiser Wilhelms mit dem Präsidenten bei dieser Feier entsprechen also nicht den Tatsachen.

England.

*Auch der zweite Wahltag hat den Unionisten, die den Hochschutzzoll und den beschleunigten Flottenbau auf ihr Programm geschrieben haben, neue Erfolge gebracht. Dennoch wird der große Wahlkampf mit einem Siege der Liberalen enden, es ist aber zweifelhaft, ob sie in so großer Anzahl ins Parlament kommen werden, daß sie, wie bisher (ohne die Nationalisten und die Arbeiterpartei) eine Mehrheit bilden. Ist dies nicht der Fall, so dürften trotz des Wahlsieges die Tage des liberalen Kabinetts gezählt sein.

Rußland.

*Das Befinden der Zarin ist nach wie vor sehr ernst. Die Kaiserin leidet an zeitweiliger Herzschwäche und liegt oft stundenlang in Ohnmacht. Gleich bedenklich erscheint das Auftreten von Dämmerzuständen, in die die Patientin häufig versinkt. Dennoch erklären die Ärzte eine augenblickliche Lebensgefahr für ausgeschlossen.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag wurde am Montag die Zentrumsinterpellation wegen der Versicherung der Privatbeamten von dem Abg. Sittart mit dem Hinweis darauf begründet, daß in den beteiligten Kreisen Beunruhigung wegen der Verzögerung der Angelegenheit Platz gegriffen habe. Ähnlich begründete Abg. Stresemann (nat.-lib.) die Interpellation seiner Partei. Staatssekretär Delbrück antwortete, daß sich der Lösung der Aufgabe noch technische Schwierigkeiten entgegenstellten. Aus der Unzweckmäßigkeit, diese Versicherung mit der Reichsversicherungsordnung zu verbinden, habe sich leider eine notwendige Zurückstellung der in Aussicht genommenen Vorlage ergeben. Er werde sich bemühen, die Angelegenheit nach Kräften zu fördern. In der Besprechung äußerten sich die Redner aller Parteien in dem Sinne einer baldigen Regelung der Angelegenheit. — Es folgte die Interpellation der Sozialdemokraten über die Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter, die vom Abg. Geyer (soz.) begründet wurde. Zur Beantwortung der Interpellation führte Reichsschatzsekretär Wermuth aus, er habe sich seit Antritt seines Amtes redlich bemüht, die Unterstützungsfrage sachgemäß zur Durchführung zu bringen. Bis Ende Dezember seien 1 615 000 Mk. ausgegeben worden. Die Bewegung auf dem Tabakmarkt sei erfreulicherweise lange nicht so tiefgehend gewesen, wie bei gleichartigen Anlässen der Jahre 1870, 1879 und 1905. In der Besprechung erklärten sich alle Parteien zu einer eventuellen Erhöhung des Fonds bereit und bedauerten vielfach, daß die Zigarettenarbeiter keine Unterstützung finden sollen.

Am 18. d. steht auf der Tagesordnung die Interpellation der Sozialdemokraten über den Mansfelder Bergarbeiterstreik.

Staatssekretär Delbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. Sachse (soz.) begründet die Interpellation. Man hat versucht, die Arbeiter daran zu hindern, sich zu organisieren, und diejenigen, die dies taten, einfach auf die Straße gesetzt. Es

gärte schon lange im Revier,

weil die Arbeiter oft auf ihren Lohn warten mußten und ihnen sogar die Abschlagszahlungen verweigert wurden. Redner schildert die Arbeitsverhältnisse im Revier, nicht ohne vom Vizepräsidenten Spahn ersucht zu werden, sich mehr an den Gegenstand der Interpellation zu halten. Die Heranziehung des Militärs ist überflüssig gewesen, Ruhestörungen haben nicht stattgefunden.

Staatssekretär Delbrück: Es ist richtig, daß Militär herangezogen wurde. Die Landesbehörden sind dazu nach der Reichsverfassung unter Umständen berechtigt. In Hettstedt haben bei Ansammlungen von Tausenden

schwere Ausschreitungen

stattgefunden! Die betreffenden preußischen Landräte hatten also vollständig im Einklange mit der Reichsverfassung gehandelt. Damit fällt auch die Angabe, daß die Truppen herbeigerufen worden seien, um den Streikenden das Koalitionsrecht zu verkümmern. Die Polizeibehörden haben auch das Recht, bei solcher Sachlage sich des militärischen Beistandes zu versichern ohne Rücksicht auf die Ursache des Streiks. Es liegt also auch für den Reichskanzler keine Veranlassung vor, sich mit dem preußischen Minister des Innern ins Einvernehmen zu setzen. Es ist dann ferner behauptet worden, Offiziere und Beamte hätten Verstöße gegen Gesetze begangen. In dieser Beziehung sind aber keinerlei Beschwerden den zuständigen Instanzen in Preußen, auch nicht dem Minister des Innern, zugegangen. Ich stehe aber nicht an, zu erklären, daß ich alles heute vorgebrachte Material dem preußischen Minister des Innern zur Kenntnis bringen werde, damit er die erhobenen Vorwürfe prüfen und eventuell Remedur eintreten lassen kann. Die weitere Verhandlung darüber würde dann in das preußische Abgeordnetenhaus gehören. Ich habe keinen Anlaß, hier noch auf Einzelheiten einzugehen, um so weniger als der Reichskanzler und der preußische Minister des Innern völlig einig darin sind, daß die unparteiische Beachtung der Gesetze eine der vornehmsten Aufgaben der Behörden und Regierungen ist.

Preuß. Kriegsminister v. Heeringen: Meine Herren, ich sehe es als einen Glücksfall an, daß ich in dem Moment, wo ich zum erstenmal hier spreche, dies tue behufs Abwehr schwerer Angriffe auf die Armee. Die Militärbehörden haben, wenn sie gerufen werden, nicht das Recht, die Ursache des an sie ergangenen Rufes nachzuprüfen, sie haben vielmehr die Pflicht, dem Rufe zu folgen, mag es sich handeln um Feuer- oder Wassergefahr oder um aufgehetzte Mitbürger. Das Militär muß einfach an Ort und Stelle gehen und seine Pflicht tun. Ein Extrabefehl, die Maschinengewehre mitzunehmen, ist überhaupt nicht ergangen. Der Soldat nimmt einfach die Waffen mit, die er hat. Sonst könnten Sie am Ende auch der Kavallerie befehlen, die Lanze zu Hause zu lassen. Die Lage, die das Militär in Hettstedt vorfand, war allerdings

nichts weniger als so harmlos,

wie der Interpellant sie schilderte. Am Tage vorher war von der Menschenmenge versucht worden, die Gendarmerie nicht nur an die Wand zu drücken, sondern auch ihr die Waffen zu entreißen. Abg. Sachse hat gesprochen von Verstößen der Offiziere gegen Gesetze. Aber das Material, das er darüber vorbrachte, war ein höllisch mageres. Unter lebhaften Widerspruchsrufen von links (hereinhaben Vizepräsident Hohenlohe die Abgg. Sachse und Hue wiederholt aufforderte, die fortwährenden Unterbrechungen zu unterlassen) geht dann der Kriegsminister noch auf die von Sachse vorgebrachten Einzelheiten näher ein. Die Verhaftungen seien in jedem Falle motiviert gewesen. Beschwerden über Verstöße von Offizieren seien überhaupt nicht an ihn gelangt, er folgere daraus, daß der Tatbestand nicht so sei, wie Sachse ihn geschildert. Die Geschichte mit dem verhafteten Dienstmädchen sei gänzlich unwahr. Keine einzige Frau sei verhaftet worden.

Abg. Arendt (freikons.): Daß in Mansfeld kein Blut geflossen ist, danken wir der Polizei und dem rechtzeitigen Eingreifen des Militärs. Ohne dieses wäre sicher viel Blut geflossen. Sogar Mitglieder des Streikkomitees haben es ausgesprochen, daß es

hohe Zeit war, daß das Militär kam,

um schweres Unglück zu verhüten. Gerade der Abg. Sachse, der hier zwei Stunden lang Beschwerden vorgebracht hat, hat nach dem Beispiel der Gracchen verfahren. Denn er hat alles getan, um aufzureizen. Die Arbeitswilligen sind Staatsbürger und haben ein Recht auf staatlichen Schutz. Sie (zu den Soz.) sollten das Koalitionsrecht doch auch denen zugestehen, die anders denken als Sie selbst! Ein Eindruch in das Koalitionsrecht der Streikenden hat überhaupt nicht stattgefunden. Der Streik fand deshalb statt, weil 48 Bergleute, die die Frechheit hatten, in der Belegschaft für die Sozialdemokratie zu agitieren, abgelegt wurden. Wie kann sich die Sozialdemokratie über die Koalitionstätigkeit aufregen, die gerade in den eigenen Betrieben am wenigsten geachtet wird? Der Landrat hat sich ein großes Verdienst um die Einwohnerschaft erworben, daß er das Militär herantrieb. Wir sind die wahren Arbeiterfreunde, nicht die Sozialdemokraten. Das wissen auch die Mansfelder Bergleute, die sich von den Verführern nicht beeinträchtigen lassen, sondern reichstreu bleiben.

Abg. Fleischer (Zentr.) erklärt sich ebenfalls gegen die Ausführungen des Abg. Sachse. Es war eine

fürchterliche Situation in Mansfeld,

die das Herbeirufen des Militärs völlig rechtfertigte. Die Sozialdemokratie verunglimpfe jeden Arbeiter, der andrer Meinung ist. Sie hat sich in einer aller Sitte und Gerechtigkeit hohnsprechenden Weise benommen.

Abg. Paull (kons.): Der Streik ist frivol vom Zaune gebrochen worden, weil die Sozialdemokraten im reichstreuen Mansfelder Revier festen Fuß fassen wollten. Dieses gewissenlose Unternehmen ist mißglückt.

Abg. Gothein (frs. Vgg.) ist von den Ausführungen der Minister und den konservativen Abgeordneten nicht überzeugt worden, daß so außerordentliche Maßnahmen zur Unterdrückung des Streiks notwendig gewesen sind. Wir sind überhaupt nicht für ein Aufgebot staatlichen Schutzes.

Abg. Vogel (nat.-lib.): Die Unzufriedenheit ist in Mansfeld sträflich von der Sozialdemokratie genährt worden. Der Zielpunkt der Agitation ist der neue Generaldirektor gewesen.

Abg. Brejski (Pole): Die Gendarmen sind durchaus nicht so schüchtern, daß sofort das Militär hätte gerufen werden müssen.

Abg. Behrens (wirtsch. Vgg.): Wir beklagen nicht den Streik, aber den Streik zur Unzeit. Maschinengewehre sollten jedenfalls künftig, wenn die Truppen nur Polizeidienst leisten, zu Hause gelassen werden.

Kog. Kunert (soz.) vertritt nochmals den Standpunkt der Interpellanten.

Damit schließt die Besprechung und Sitzung.

Außerdienstlich.

8] Erzählung von Fritz Reutter.

(Fortsetzung.)

„Sie können sich nicht denken, Senorita, wie willkommen Sie mir jetzt erscheinen," sagte Karl, sobald sie allein waren. „Den ganzen Tag über bedrückte mich die Düsterheit dieser Gefängnismauern, und jetzt —"

„Stille, keine leeren Worte jetzt," erwiderte Dolores. „Wir haben keine Zeit zu verlieren, Senor Nippold. Ihr Todesurteil ist vom General Melgarejo unterzeichnet worden, und wenn Sie nicht morgen früh erschossen werden wollen, müssen Sie mich anhören."

„Ich verspreche zum voraus, Ihnen blindlings zu gehorchen."

Leise lächelnd zog sie ein Seil unter ihrem Mantel hervor und sagte: „Sie werden dies hier von Nutzen finden. Hören Sie! Alle Vorbereitungen für Ihre Flucht sind getroffen. Was Sie selbst zu tun haben, ist dies," und sie begann ihm ihren Plan darzulegen, wie er die Wachen fesseln und das Gefängnis unbemerkt verlassen könne. „Haben Sie mich sicher richtig verstanden, Senor?" fragte sie ängstlich.

„Vollkommen. Aber es klingt alles so romantisch, als setzen wir eine Seite eines alten Helden-Epos in Wirklichkeit um."

„Bitte, bleiben Sie ernst. Wollen Sie das tun?"

„Ich habe es Ihnen versprochen. Und hernach?"

„Das müssen Sie mir ganz allein überlassen. Wenn Sie mir aufrichtig gehorchen —"

„Können Sie daran zweifeln?"

„Für diesen Fall werde ich es auf mich nehmen, Sie aus dem Schloß und aus den Schloßmauern hinaus in Sicherheit zu führen. Draußen vor der Stadt werden Pferde auf uns warten und meine Freunde werden uns zu unsrer Armee führen. Nein, Senor," fügte sie hinzu, als sie bemerkte, wie Karl Einwendungen erheben wollte, „hier in der Stadt werden Sie nicht in Sicherheit sein. Wenn Ferreira Sie wieder erwischt, wird er Sie auf der Stelle erschießen lassen, selbst wenn er davon überzeugt wäre, er befände sich im Irrtum — nichts, glauben Sie mir, nichts könnte Sie dann mehr retten!"

„Dessen bin ich doch nicht so ganz sicher," dachte Karl bei sich selbst, sagte aber nichts, denn er erinnerte sich der Worte, wie er ein fröhliches Wiedersehen mit dem General gewünscht hatte. Für jetzt sollte die Senorita über ihn verfügen; auch war es vielleicht einmal interessant, einem Gefecht zwischen diesen Republikanern beizuwohnen.

„Nur eines ist uns heute nacht nicht günstig," fuhr Dolores unbeirrt fort: „es ist heller Mondenschein und man könnte uns allzu früh entdecken. Doch das müssen wir eben riskieren. Und da hätte ich noch beinahe vergessen — nehmen Sie!" sagte sie und überreichte ihm einen Revolver und eine Schachtel mit Patronen. „Vielleicht bedürfen Sie dieser Waffe. Auf den Straßen könnten wir aufgehalten werden."

„Finden heute nacht noch Straßenkämpfe statt?"

„Alles ist ruhig — bis jetzt wenigstens," antwortete sie.

Während der ihnen noch verbleibenden Zeit redeten die beiden miteinander wie zwei alte, wohlbekannte Freunde — und tatsächlich kamen sie sich auch eher als Freunde, denn als gelegentliche Bekannte vor, und jede Einzelheit der Flucht wurde besprochen und jede Bewegung verabredet. Es war Karl ganz lieb, sich vorderhand nicht um das Resultat der Flucht kümmern zu müssen, solange seine Begleiterin an ein Gelingen glaubte, wollte auch er seine Rolle nach bestem Vermögen spielen; und er hätte sich in derselben durchaus nicht weniger gefallen, wenn der Plan auch noch tausendmal verwegener und tollkühner gewesen wäre. Der Heldenmut, das Selbstvertrauen dieses wunderbaren Mädchens schien auch ihn zu erfassen, ihn um so tiefer zu ergreifen, als ja alles in seinem eigensten Interesse geschah. So bedauerte er es, als ein Blick auf seine Uhr ihm zeigte, daß die Zeit zum Handeln gekommen war.

Zusammen erhoben sie sich.

„Sind Sie bereit?" fragte sie.

Er ergriff den Strick, den er aufs Bett gelegt und stellte sich an der Tür auf im Augenblick, als der Schlüssel von außen ins Schloß gesteckt wurde. Er nickte ihr bejahend zu. Die Tür öffnete sich, die Schildwache hielt sie in der linken Hand. Langsam verließ Dolores das Zimmer und blieb dann plötzlich stehen, als ob sie etwas vergessen hätte.

„Einen Augenblick, bitte —"

Das war das Signal. Rasch wie der Blitz warf Karl dem Manne, dessen Aufmerksamkeit plötzlich abgelenkt worden war, die Bettdecke über den Kopf, drückte ihm die Arme gegen die Seiten und zog ihn ins Zimmer hinein. Es war ein kleiner Kerl und leicht zu überwältigen; das Gewehr entsank seinen Händen und Dolores fing es geschickt in ihren Händen auf, ehe es lärmend zu Boden fiel. Da der Soldat merkte, daß ihm nichts Schlimmes widerfuhr, leistete er auch bald keinen Widerstand mehr. Leise hatte das Mädchen die Türe hinter sich zugeschlossen, während Karl die Wache geschäftsmäßig fesselte und bequem aufs Bette legte. Soweit war also alles gut.

„Und nun?" fragte Karl.

„Warten Sie!" Sie ging nach der Türe und horchte hinaus. „Der Weg ist frei," sagte sie, „kommen Sie!"

„Und unser Freund hier?"

„Er wird es wohl ein oder zwei Stunden aushalten. Sobald die Wache abgelöst wird, werden sie ihn finden. Kommen Sie!"

Karl zögerte noch einen Moment, um seine Papiere und Schriftstücke zusammenzuraffen, die dem General Ferreira nicht in die Hände fallen sollten. Mit der Hand in der Tasche, den Revolver umfassend, folgte er Dolores aus dem Zimmer, schloß die Türe ab und nahm die Schlüssel an sich. Alles war still wie das Grab; der Anfang ihres waghalsigen Unternehmens hätte nicht vielversprechender sein können. Voll neuer Hoffnung und guten Mutes schritt er hinter dem Mädchen her nach der Treppe, über die er am Abend zuvor ins Gefängnis abgeführt worden war. Anstatt die

SLUB Wir führen Wissen. STADT BIBLIOTHEK BAUTZEN BUDYŠIN